

MARKT

Mittwoch, 05. September 2012

Gemeindevertreter beenden Sommerpause

Am morgigen Donnerstag findet die nächste Sitzung der Bürgerversammlung statt

Boltenhagen (pki). Die 2. Stellvertretende Bürgermeisterin Beatrix Bräunig lädt Boltenhagens Gemeindevertreter am 6. September zur nächsten ordentlichen Sitzung in den Kur- und Festsaal ein. Nachdem es in den vergangenen Monaten zu mehreren Ausfällen von Sitzungen kam, weil es Fehler bzw. Unterlassungen bei der öffentlichen Bekanntmachung gab, meint es das Amt Klützer Winkel mit der Öffentlichkeitsarbeit jetzt besonders gut. Auf der Homepage des Amtes war am 3. September 2012 nämlich die vollständige Einladung zur Sitzung öffentlich zugänglich, auch der sogenannte nichtöffentliche bzw. vertrauliche Teil.

Die Tagesordnung ist offensichtlich, enthält jedoch einige sehr wichtige Angelegenheiten. So wollen die Gemeindevertreter endlich einen BfB-Antrag vom 13. Dezember 2011 auf Neubesetzung

der Ausschüsse beraten. Dann steht eine Neufassung der Hauptsatzung der Gemeinde auf der Tagesordnung. Hier sollen vor allem die Entschädigungs- und Bekanntmachungsregelungen geändert werden.

Da Boltenhagens streitbare Gemeindevertreter in der Vergangenheit einer „unsachgemäßen Presseberichterstattung, aber auch ... Angriffen und Anzeigen Dritter“ ausgesetzt waren, möchten sie für sich jetzt gemeindlichen Rechtsschutz beanspruchen. Die Kosten für die Rechtsstreite einzelner Gemeindevertreter soll zukünftig also der Boltenhagener Steuerzahler übernehmen!

Damit sie zukünftig von einer 'unsachgemäßen Presseberichterstattung' verschont bleiben, ändern sie auch noch ausführlich die Datenschutzbestimmungen in der Geschäftsordnung. Aber selbst über höchstpersönliche Angele-

genheiten haben einzelne Gemeindevertreter bisher immer den Weg zur Öffentlichkeit gefunden. Dies wird sich wohl auch zukünftig nicht ändern.

Unter dem Punkt 15 wird ein Beschluss zur Änderung des Vertrages zwischen Boltenhagen und dem Amt Klützer Winkel aufgerufen. Der MARKT berichtete in der Vergangenheit bereits ausführlich über die rechnerischen Fehlleistungen des Finanzausschusses und des Amtes hinsichtlich der Kosten der Zwangseingliederung der Gemeinde Boltenhagen in das Amt Klützer Winkel. In der Beschlussvorlage schreibt die Verwaltungschefin Katrin Pardun nun selbst: „Inzwischen hat sich herausgestellt, dass die ... Amtsumlage und die vereinbarten Höchstbeträge nicht ausreichen, um die dem Amt durch die Zuordnung der Gemeinde entstandenen zusätzlichen Kosten auszugleichen.“. Bolten-

hagen sollte ursprünglich für den Zeitraum von 2011 bis 2014 zusätzlich zur Amtsumlage 390.000 Euro zahlen. Dieser üppige Betrag wird sich also noch erhöhen.

Wie eingangs erwähnt, ist auch der nichtöffentliche Teil der Einladung zugänglich und daher lässt sich entnehmen, dass noch über die weitere Verwendung des ehemaligen Verwaltungsgebäudes und die Erteilung des Einvernehmens für die Wohnanlage im Dünenweg 21-23 beraten werden soll. Aufträge zur Gestaltung eines Gemeindevapens, den Ausbau eines Verbindungsweges im Zentrum und für eine Organisationsanalyse des Kurbetriebes sollen vergeben werden. Unter dem 'vertraulichen Punkt 27' soll ein Beschluss zur Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen gegen Herrn Bürgermeister Claus' gefasst werden. Die Sitzung beginnt um 18.30 Uhr mit einer Bürgerfragestunde.